



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e. V.

Aktuell seit 09.05.2025 12:01:45

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001630
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	09.05.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	09.05.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Annastraße 67 50968 Köln Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +492219346740 E-Mail-Adressen: information@kalk.de Webseiten: www.kalk.de</p>
Hauptstadtrepräsentanz:	<p>Kochstraße 6 - 7 10969 Berlin</p> <p>Telefonnummer: +492219346740 E-Mail-Adresse: information@kalk.de</p>
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Mitgliedsbeiträge	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

240.001 bis 250.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dr. Kai Schaefer

Funktion: Stellvertretender Vorsitzender

2. Dr. Burkhard Naffin

Funktion: Stellvertretender Vorsitzender

3. Martin Ogilvie

Funktion: Hauptgeschäftsführer

4. Alexia Spieler

Funktion: Vorsitzende

Braute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. Martin Ogilvie

2. Philip Nuyken

3. Dominik Fecker

4. Dr. Alexander Schmithausen

5. Dr. Klaus-Ruthard Frisch

6. Martin Ogilvie

7. Alexia Spieler

Gesamtzahl der Mitglieder:

81 Mitglieder am 30.09.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (8):

1. Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V.
2. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
3. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
4. Energiedialog 2050
5. Energieintensive Industrien Deutschland (EID)
6. Institut der Deutschen Wirtschaft Köln e. V.
7. DIN e. V.
8. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (20):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Land- und Forstwirtschaft; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Ländlicher Raum; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e. V. engagiert sich als Vertretung der Kalkindustrie in Deutschland gegenüber Politik und Behörden und versteht sich als Partner der Öffentlichkeit, Wirtschaft, Wissenschaft. Dabei treten wir in direkten Kontakt mit politischen Akteuren der Bundesregierung und des Bundestages und stellen diese Verbindung zu unseren Mitgliedern her.

Zu seinen Hauptaufgaben zählt die zielgerichtete Interessenvertretung und Kommunikation mit der Gesetzgebung, um die Interessen der Kalkindustrie sachgerecht zu vertreten. In direkten Gespräch und mit Schreiben wie Positionspapieren und Stellungnahmen informiert der BVK und macht Vorschläge (aktiv und reaktiv) für wettbewerbsfähige Energiekosten, den Abbau bürokratischer Hürden, die Sicherung der heimischen Rohstoffversorgung, sachgerechte Umweltstandards, effektiven Klimaschutz u. a. durch aktives Carbon Management und negative Emissionen sowie für allgemein angemessene wirtschaftliche Rahmenbedingungen zur Vermeidung von Carbon Leakage.

Konkrete Regelungsvorhaben (16)

1. Rechtliche Ermöglichung von Carbon Management

Beschreibung:

Carbon Management ermöglichen und politisch fördern. In diesem Zusammenhang wirbt der BVK dafür, dass im Rahmen gesetzlicher Regelungen (KSpG, London Protokoll Art. 6, TA Luft, Hohe-See-Einbringungsgesetz) die Möglichkeit geschaffen wird, CO₂ an Industrieanlagen abzuscheiden und zu Speichern bzw. Abnehmern zu transportieren. Zudem setzt sich der BVK dafür ein die Speicherung in Deutschland zu ermöglichen. Weiterhin soll der Aufbau einer CO₂-Infrastruktur gefördert werden. Die Lobbyarbeit erfolgte auch während des Bundestagswahlkampfes 2025.

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]; HoheSeeEinbrG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2504250013 \(PDF - 11 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. [SG2504250014 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. [SG2504250015 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Anerkennung von CCS im Europäischen Emissionshandel

Beschreibung:

Der BVK setzt sich gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass jede abgeschiedene Tonne CO₂ im Rahmen der Monitoringverordnung des EU ETS als volle geminderte Tonne gewertet wird. Solange es keine rechtliche Regelung zur Integration bzw. dem Umgang mit negativen Emissionen im EU ETS gibt, sollte die Gesamtminderung auf den Anteil fossiler Emissionen aller berichteten Emissionen (vgl. Art. 49 sowie Erwägungsgrund 18 MVO) begrenzt sein. Dies ist notwendig, damit Unternehmen innerhalb des EU ETS Klimaneutralität erreichen können und damit den regulatorischen Erfordernissen des Instrumentes nachkommen können.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

3. Novellierung der Industrial Emissions Directive (IED)

Beschreibung:

Anpassung der Industrial Emissions Directive (IED) hinsichtlich der BAT-AEL sowie des UMS. Ziel ist Genehmigungsfähigkeit und Betrieb von Industrieanlagen sicherzustellen. Das Anliegen wurde auch im Bundestagswahlkampf 2025 vertreten.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes und einer Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen

Datum des Referentenentwurfs: 28.11.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
(20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]; BImSchV 41 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2504250016](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. Novellierung der EU-Luftqualitätsrichtlinie

Beschreibung:

Luftqualitätsrichtlinie regelt die Grenzwerte für verschiedene Luftschadstoffe in der EU. Die Überarbeitung sollte daher praxistauglich sein und nur realistische Grenzwerte beinhalten. Zudem sollte die Genehmigungsfähigkeit von Industrieanlagen sicher gestellt sein.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]; BImSchV 41 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2504250017](#) (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Novelle des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSCHG)

Beschreibung:

Umsetzung bzw. Novelle des vorhandenen BImSchG im Rahmen des beschlossene Bund-Länder-Pakt zur Beschleunigung von Verfahren.

Die Überarbeitung des Bundes- Immissionsschutzrechts (BImSchG) sollte dem Ziel dienen Genehmigungsverfahren tatsächlich zu beschleunigen. Das Anliegen wurde auch im Bundestagswahlkampf 2025 vertreten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/7502 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz, zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren und zur Umsetzung von EU-Recht

Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11657 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/7502 - Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz, zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren und zur Umsetzung von EU-Recht

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]; BImSchV 41 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2504250018 \(PDF - 5 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. [Überarbeitung der Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen - 17. BImSchG](#)

Beschreibung:

Die Überarbeitung der 17. BImSchV dient der Umsetzung EU-Recht, gleichzeitig sollen Verschärfungen von Grenzwerten bei der Verbrennung alternativer Substanzen in die Verordnung integriert werden. Daher sollte in der Verordnung klarstellt werden, dass die Mindestanforderungen für die Wirkungsgrade nur für reine Abfallverbrennungsanlagen und nicht für Zement- und Kalkwerke gelten. Zudem sollten EU-Regelungen abgewartet werden, eine Verpflichtende Einführung von UMS sollte daher erst nach der Umsetzung der IED diskutiert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9649 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen und zur Änderung der Chemikalien-Verbotsverordnung

Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchV 17 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504250019** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versetzt am 25.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. Stärkung des Bürokratieentlastungsgesetzes (BEG IV)

Beschreibung:

Die aktuellen Ziele des Entwurfs zur Bürokratieentlastung (BEG IV) sollen ambitionierter gestaltet werden. Dabei sollen weitere, bereits vorliegenden Vorschläge aus der Verbändeabfrage zum Bürokratieabbau berücksichtigt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

8. Stärkung des Bund-Länderpaktes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren

Beschreibung:

Der Bund-Länderpakt ist ein Maßnahmenpaket zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Damit die Vorschläge Wirksamkeit entfalten sollte der Vollzug der Regelungen stärker in den Fokus rücken.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]; PlanSiG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

9. Änderung der Nachhaltigkeitsberichterstattung CSRD

Beschreibung:

Die Erarbeitung und Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD beinhaltet über 1.000 Berichtspunkte. Dies stellt Unternehmen vor enorme Herausforderungen. Daher sollten die Kriterien des Anwendungsbereichs nach oben

angehoben werden. Zudem sollten die Berichtspflichten überarbeitet und auf praxistaugliches Niveau reduziert werden. Das Anliegen wurde auch im Bundestagswahlkampf 2025 vertreten.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Datum des Referentenentwurfs: 16.08.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
(20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

10. Nature Restoration Law: Praxistauglicher Natur- und Artenschutz

Beschreibung:

Verbesserung von Arten- und Naturschutz in der EU. Eine Überregulierung und damit zusätzliche Bürokratie durch das NRL soll verhindert werden. Zudem sollte der Beitrag den Steinbrüche für die Artenvielfalt leisten anerkannt werden.,,

Betroffenes geltendes Recht:

BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Tierschutz [alle RV hierzu]

11. Erarbeitung der EU-Directive on Soil Monitoring and Resilience

Beschreibung:

Der Zustand der Böden innerhalb der EU soll verbessert werden. Die Ausgestaltung sollte praxistauglich sein und die Förderung von Rohstoffen nicht unnötig erschweren.

Betroffenes geltendes Recht:

BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; ROG 2008 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Ländlicher Raum [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

12. Anpassung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS)

Beschreibung:

Die NKWS soll die Förderung von Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschonung vorantreiben. Ziel war es parallel die Notwendigkeit von heimischen Rohstoffabbau anzuerkennen und entsprechende Verfahren zu vereinfachen.

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504250020** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

13. Senkung der Stromkosten

Beschreibung:

Der BVK setzt sich für die Senkung der Energiekosten ein. Konkret wird eine dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf der EU-Mindestmaß sowie die Reduzierung der Netzentgelte gefordert. Das Anliegen wurde auch im Bundestagswahlkampf 2025 vertreten.

Betroffenes geltendes Recht:

StromStG [alle RV hierzu]; BHO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

14. Stärkung der Transformationsförderung - Klimaschutzverträge und Leitmärkte

Beschreibung:

Der BVK setzt sich zur Förderung der Transformation für die Instrumente Klimaschutzvertrag und Leitmarkt ein. Der KSV soll die Angebotssetze unterstützen und Kalkunternehmen Investitionen in die tiefgreifende Transformation ermöglichen, die sonst nicht getätigt werden können. Der Leitmarkt soll die Nachfrage nach klimafreundlich produzierten Produkten stärken. Das Anliegen wurde auch im Bundestagswahlkampf 2025 vertreten.

Betroffenes geltendes Recht:

BHO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504280015 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

15. Rechtliche Ermöglichung von negativen Emissionen

Beschreibung:

Der BVK setzt sich dafür ein, negative Emissionen durch maritime Entnahmemethoden zu rechtlich zu ermöglichen. Dazu braucht es eine Änderung des Hohe-Einbringungsgesetzes, denn aktuell ist es verboten alkalische Materialen ins Meer einzubringen. Um die CO2-Entnahmewirkung von Kalkprodukten im Meer testen zu können, muss die zu Forschungs- und klimapolitischen Zwecken erlaubt werden. Das Anliegen wurde auch im Bundestagswahlkampf 2025 vertreten.

Betroffenes geltendes Recht:

HoheSeeEinbrG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

16. Beibehaltung der EU-Energiesteuerrichtlinie

Beschreibung:

Die EU-Kommission strebt seit 2019 eine Novellierung der EU-Energiesteuerrichtlinie an. In den Verhandlungen setzt sich der BVK bei der Bundesregierung dafür ein, dass die bisherige Regelung für mineralogische Prozesse unverändert beibehalten wird.

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

2.400.001 bis 2.410.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. Lhoist Germany Rheinkalk GmbH
2. Fels-Werke GmbH
3. SCHAEFER KALK GmbH & Co. KG

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2024-Ergebnisrechnung-BVK.pdf